

Meinungsfreiheit die Freiheit der Religionskritik sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter. Europas zentraler Wert ist die Menschenwürde des Einzelnen – die Spannungen mit der traditionell islamischen Vorstellung sind hier ebenso evident wie bei der Demokratie und der Vorstellung der „Volksouveränität“ (die dem Islam fremd ist). Doch Spannungen müssen nicht unüberwindliche Gegensätze sein. Wo der islamische Entwicklungsprozess in Europa enden wird, weiß, wie gesagt, niemand. Doch es gibt keine Alternative zum Dialog. Eine Haltung, die auf Gesprächsverweigerung setzt, wird destruktiv und endet im (geistigen) Bürgerkrieg.

Vor zwei Jahren hatte eine von der verstorbenen Innenministerin Liese Prokop in Auftrag gegebene Integrationsstudie für Schlagzeilen gesorgt. Prokop be-

hauptete, 45 Prozent der Muslime in Österreich seien „integrationsunwillig“ – eine Feststellung, die sich in dieser Form nirgends in der Studie findet. Der Leiter der Studie, der Erlanger Islamexperte Professor Matthias Rohe, hat im Gegenteil ausdrücklich festgestellt: „Die Mehrheit unter den Österreichern insgesamt wie auch unter den Muslimen bringt nach ihren Grundhaltungen gute Voraussetzungen für gelingende Integration mit“.

Der Großmufti von Sarajewo, Mustafa Çeric, einer der führenden Köpfe eines aufgeschlossenen europäischen Islam, hat vor wenigen Jahren gesagt: „Wir müssen den Muslimen die Angst vor dem Identitätsverlust nehmen ... Früher hatte ich selber große Bedenken gegen Assimilation. Heute finde ich die Integration der Muslime in die europäischen Gesellschaften so wichtig, dass ich

sage: wir müssen sie selbst um den Preis der Assimilation vorantreiben. Wir Muslime müssen aufhören, den Islam als eine nahöstliche Stammeskultur zu präsentieren und stattdessen die universelle Botschaft des Islam herausstellen. Statt die Unterschiede zu betonen – die gar nicht so groß sind – müssen Christen, Juden und Muslime lernen, mit ihren Ähnlichkeiten zu leben“.

Dies ist nicht die Stunde der Hysterie, sondern selbstbewusster Besonnenheit. Dabei könnten sich Christen daran erinnern, was im Buch Leviticus 19, 33-34, steht: „Wenn ein Fremdling bei dir wohnt in eurem Lande, so sollt ihr ihn nicht bedrücken. Wie ein Einheimischer aus eurer eigenen Mitte soll euch der Fremdling gelten, der bei euch wohnt, und du sollst ihn lieben wie dich selbst – seid ihr doch auch Fremdlinge gewesen im Lande Ägypten“.

## Das Burgenland im März 1938

### Eine historische Auseinandersetzung in 2 Teilen

Der März 1938 stellte sowohl für die österreichische Geschichte als auch für das Burgenland eine Zäsur dar. Die Ereignisse im März sind jedoch nicht nur ein entscheidender Wendepunkt, sondern zeigen bereits deutlich die menschenverachtende Politik des Nationalsozialismus.

Der österreichische Ständestaat bzw. die Regierung unter Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester konnten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die hohe Arbeitslosigkeit, die Absatzschwierigkeiten und Verschul-

dungen im dörflichen Kleingewerbe und in der Landwirtschaft nicht fühlbar beseitigen. In Deutschland dagegen kam es nach Hitlers Machtübernahme in kürzester Zeit zu einem Wirtschaftsaufschwung. Das Kriegaufrüstungsprogramm in Deutschland beschäftigte viele Arbeitskräfte und dies hatte ein rasches Absinken der Arbeitslosenzahlen zur Folge. Zudem wurde durch Subventionen das landwirtschaftliche Einkommen gehoben und ein Entschuldungsprogramm rettete viele Bauern vor dem Ruin. Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland beein-

druckte auch die Bevölkerung in Österreich und trug viel zur Bewunderung des Hitlerregimes bei. Die Regierung der Vaterländischen Front unter Kurt Schuschnigg schien nach außen gefestigt, doch war die innere Loyalität bei vielen Beamten nicht mehr gegeben. Der Machtwechsel konnte relativ einfach vollzogen werden, da so mancher Beamte in den Märztagen den Revers seines Mantels umdrehte und sein NSDAP-Mitgliedsabzeichen zeigte. Der Entschluss von Landeshauptmann Sylvester, Kontakte mit den bisher verfolgten linken

Gruppen aufzubauen, um entschlossener gegen die Nationalsozialisten vorgehen zu können, kam zu spät.

Mit Beginn des Jahres 1938 und besonders durch die am 19. Februar verkündete Generalamnestie für alle inhaftierten Nationalsozialisten verspürten die Nationalsozialisten immer weniger Gegenwind und intensivierten ihre Aktionen, indem in der Nacht Hakenkreuze gestreut wurden, Wandschmierereien angebracht oder „Freudenfeuer“ angezündet wurden.

Durch das Abkommen von Berchtesgaden am 12. Februar 1938 wurde der Druck des Deutschen Reiches auf Bundeskanzler Kurt Schuschnigg massiv erhöht. So musste der Nationalsozialist Seyß-Inquart zum Innenminister ernannt, die inhaftierten nationalsozialistischen Häftlinge freigelassen werden und den Nationalsozialisten freie Betätigung gewährt werden. In dieser angespannten Lage kündigte Schuschnigg am 9. März 1938 eine Volksbefragung über die Selbstständigkeit Österreichs für Sonntag, den 13. März an, um den Fortbestand Österreichs zu sichern. Hitler forderte, die Volksbefragung abzusagen und gab den Befehl, für den 12. März 1938 das „Unternehmen Otto“, d.h. den Einmarsch in Österreich, vorzubereiten. Schuschnigg gab dem Druck nach, verkündete am 11. März die Absage der Volksbefragung und gab am selben Abend um 19.50 Uhr im Radio seinen Rücktritt bekannt. Seyß-Inquart wurde als neuer Bundeskanzler eingesetzt und am 12. März 1938 um 5.30 Uhr begann der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich.

Den Rückenwind verspürten auch die amnestierten NS-Führer des Burgenlandes, vor allem



Am 11. März 1938 vor dem Landhaus

Gauleiter Tobias Portschy. Großkundgebungen wie in Oberwart oder Eisenstadt und kleinere Demonstrationen sollten der Bevölkerung signalisieren, dass der „Umbruch“ bevorstehe. So berichtet der spätere Ortsbauernführer von Lutzmannsburg:

*„Am 9. März 1938 waren schon Gerüchte im Umlauf, dass sich in Regierungskreisen etwas tut. Am 10. März kam ein Befehl von der S.A.-Führung, dass um 5 Uhr nachmittags jeder S.A.-Sturm einen Propagandamarsch durchzuführen hat. Alle Männer waren mit Begeisterung und Freude sogleich dazu bereit. Auf den Sammelplatz kamen nicht nur S.A.-Männer, sondern auch die Mädchen vom BDM und die Burschen von der H.J., um mitzumarschieren. Es hatte sich eine schöne Kolonne zusammengefunden. Mit einem „Sieg Heill“-Ruf marschierten wir los. Begeisterte Kampflieder erklangen. Der Marsch führte über Strebersdorf, Frankenau, Mutschen und Kroatisch Geresdorf wieder nach Lutzmannsburg zurück.“*

Die burgenländische NS-Führung um Portschy bereitete sich in den ersten Märztagen auf den so genannten „Tag x“ vor. Das Hauptquartier wurde nach Eisenstadt verlegt, die anderen Bezirke mit Kontaktpersonen besetzt und mit Wien eine direkte Verbindung aufgebaut.

Am Morgen des 11. März 1938 ließ Tobias Portschy, sobald er aus Wien die Order zum Handeln erhielt, alle NS-Ortsgruppen des Burgenlandes alarmieren, damit sie sich zu Aufmärschen in Eisenstadt und Oberwart formierten. Die Demonstranten, die laufend Zuzug aus den Dörfern erhielten, versammelten sich in Eisenstadt im Raum Oberberg-Kleinhöflein, und um 13.00 Uhr setzte sich der Demonstrationzug Richtung Landhaus in Eisenstadt in Bewegung, ohne dass die Exekutive eingriff. Der von Portschy und anderen NS-Führern angeführte Demonstrationzug kam vor dem Landhaus an einer Sperre des Bundesheeres, bestehend aus Stacheldrahtsperrern und MG-Stellungen, zum Stehen. Außer dem Bundesheer hatten auch eine Polizei-, Gendarmerie- und Frontmilizabteilung in Eisenstadt Stellung bezogen. Während der Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Sicherheitsdienst des Landes wurde bekannt, dass sich Schuschnigg dem deutschen Ultimatum gebeugt und die Volksabstimmung abgesagt habe. Zudem hieß es, dass er selbst zurückgetreten und Seyß-Inquart zum Nachfolger bestimmt worden sei. Landeshauptmann Sylvester ließ die Sperren aufheben und befahl den Abzug des Bundesheeres und

der Exekutive. Portschy hielt vor ca. 8.000 Anhängern eine Rede vor dem Landhaus, während SA und SS das Landhaus besetzten und das Kommando über die Exekutive übernahmen.

Josef Stiglitz aus St. Georgen war Augenzeuge der Machtübernahme:

„Wir versahen in den Abendstunden des 11. März 1938 Telefondienst im Büro von Landeshauptmann Ing. Hans Sylvester. Im Haus herrschte bis zum Abend gespannte Ruhe. In der Nacht setzte Dr. Tobias Portschy den Landeshauptmann Ing. Hans Sylvester davon in Kenntnis, dass er zum Landeshauptmann bestellt werden würde und ihn [sic] seiner Funktion zu entheben habe. Anschließend wurde der Landeshauptmann zusammen mit den Landesräten Dr. Karl Posch und Dipl. Ing. Franz Strobl vor unseren Augen im Büro verhaftet und nach Wien gebracht.“

Somit war das Burgenland, wie auch die anderen Bundesländer, noch bevor Seyß-Inquart zum Bundeskanzler ernannt wurde und die Deutsche Wehrmacht am folgenden Morgen des 12. März 1938 die österreichische Grenze überschritt, in den Händen der Nationalsozialisten.

In den Morgenstunden des 12. März wurde Gauleiter Portschy durch den nunmehrigen Bundeskanzler Seyß-Inquart offiziell zum Landeshauptmann des Burgenlandes ernannt. Gleichzeitig wurde die neue Landesregierung angelobt und die Landeshauptmannschaft und die Bezirkshauptmannschaften nach NS-Linie neu zusammengestellt.

Stolz sandte der neue Landeshauptmann am nächsten Tag ein Telegramm an den in Österreich einreisenden Adolf Hitler:

„Das Burgenland, östlichstes Bollwerk des geschlossenen

deutschen Lebensraumes, seit Karl dem Großen deutscher Volksboden, grüßt in diesen weltgeschichtlichen Stunden, die den heißesten Wunsch der Burgenländer in Erfüllung gehen ließen, den Retter aus tiefster Not, unseren Führer. Das ganze Burgenland hofft, dem Begründer des großdeutschen Reiches, das vom Rhein bis zum Neusiedler See reicht, in den kommenden Tagen auf diesem Boden, wo Theoderichs Wiege stand und Josef Haydn die Weise des Liedes der Deutschen schuf, seine Dankbarkeit und Treue erweisen zu können.“

Kurz darauf wurden 300 Mann der reichsdeutschen Schutzpolizei unter deutschem Kommando in das Burgenland überstellt und übernahmen die Exekutivaufgaben. Die höheren Stellen waren zumeist deutschen Parteifunktionären vorbehalten. Die Leitung der Gestapo stellte übernahmen SS-Obersturmführer Bovensiepen und der Judenreferent Kommissar Koch.

Der verhaftete Landeshauptmann Hans Sylvester und weitere Regierungsmitglieder wurden in ein „Anhaltelager“, das ehemalige Bürgerspital, gebracht. Wenige Tage später wurden die Gefangenen der Gestapo übergeben und in die verschiedensten Konzentrationslager deportiert. Hans Sylvester starb entkräftet im KZ Dachau im Jänner 1939.



Landhaus Eisenstadt, 1938



Anschlusskundgebung in Eisenstadt

Noch in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 gingen Polizei und SA daran, alle Gegner des neuen Regimes in „Schutzhaft“ zu nehmen. Die erste Verhaftungswelle erfasste das Land und bezweckte, die politischen Gegner und potentielle Widerstandskämpfer einzuschüchtern. Zu den ersten Verhafteten gehörten die Anhänger des gestürzten Regimes, Bürgermeister, hohe Beamte, Bezirkshauptleute, Polizei- und Gendarmeriebeamte sowie abtrünnige Nationalsozialisten.

Einer der Verhafteten war der Bezirkshauptmann von Güssing Dr. Josef Mayer. Er gab 1947 zu Protokoll:

„Ich wurde am 12. März 1938 wegen meiner Pflichterfüllung als österreichischer Beamter ver-

haftet und im Mai des gleichen Jahres zur Gestapo nach Eisenstadt eingeliefert. Zuerst misshandelte mich der Gestapomann Hermann stundenlang allein, später nahm er sich zwei Schergen zur Seite, und alle drei schlugen auf mich stundenlang ein. Die Beschuldigungen bewirkten meine Einlieferung in das Konzentrationslager in Dachau, wo ich 4 ½ Jahre inhaftiert war.“

Die Verhaftungswelle erfasste noch in der Nacht vom 11. auf den 12. März selbst das kleinste Dorf. Nationalsozialisten rechneten brutal mit den bisherigen Machträgern ab, wobei manche Schikanen durch persönliche Rache, Missgunst und Neid getragen wurden. Wie beispielsweise in Gols ein Zeitzeuge berichtet: „Es war der 12. März 1938, 12.00 Uhr mittags. Ich stand auch vor dem Gemeindeamt und war neugierig, was da eigentlich los war. Nun gingen einige SA-Männer den aufgestellten Reihen entlang und sagten: „Jetzt müsst ihr gleich alle „Pfui“ schreien und spucken.“ – Dann erst sah man, wem dies galt. Die Gemeindefunktionäre wurden von zwei SA-Männern und einem Gendarmen verhaftet und in das Gemeindeamt gebracht, daher die neugierigen Leute. Und tatsächlich begann die versammelte Menge „Pfui“ zu rufen und zu toben. Für mich war dieser Tag kein Jubeltag, denn der zweite Mann, den man vorführte, war mein Vater. Er war ja Vizebürgermeister. Gegen Abend ließ man dann die in Gols eingesperrten Gemeinderäte wieder frei. Die wütende Menge wartete wutentbrannt vor dem Gemeindeamt. Herr Georg Schmelzer und mein Vater kamen als erste heraus. Da wurde wieder „Pfui“ gerufen und sie wurden bespuckt. Herr Lorenz Schmelzer und Herr Paul Bacher wurden am Nachhauseweg sogar geschlagen.“

Nicht nur Demütigungen und Erniedrigungen standen auf der Tagesordnung, auch vor Mord schreckten die Schergen nicht zurück. So wurde beispielsweise der Krankenkassenbeamte Andreas Thüringer aus Nickelsdorf am 19. März auf der Fahrt nach Linz von der Gestapo ermordet und der Gendarmeriebeamte Springer aus Güssing kurz nach seiner Einlieferung nach Dachau umgebracht.

Das Bezirksgendarmeriekommando Güssing berichtet 1946 darüber:

„Uniformierte und bewaffnete SA besetzte noch am gleichen Tag die Gendarmerieposten, SS übernahm den Polizeidienst und an einen Widerstand war nicht zu denken. Gendarmen, Zollwachbeamte, Bürgermeister und andere Beamte, die als Gegner bekannt waren, wurden sofort abgesetzt, zum Teil verhaftet und nach Dachau verschickt. So wurden die Postenkommandanten von Strem, Urbersdorf, Steinfurt und Deutsch Ehrendorf vom Dienste entzogen. Der Bezirkshauptmann Dr. Faludy und der Postenkommandant Rev. Insp. Springer in Güssing wurden sofort verhaftet und später nach Dachau verschickt, wo Springer schon am 3. Tag seines dortigen Aufenthaltes getötet wurde. Das gleiche Schicksal ereilte den Postenkommandanten von Großpetersdorf Karl Halaunbrenner.“

In der Nacht vom 11. auf den 12. März übernahmen auch die zuvor illegalen NS-Funktionäre zumeist die örtlichen Gemeindeämter. In den meisten Dörfern erfolgte dies relativ formlos wie auch in Kroatisch Geresdorf:

„Zwei, bis dahin illegale, jetzt legale Mitglieder der NSDAP-Ortsgruppe Lutzmannsburg kamen nach Kroatisch Geresdorf und erklärten den amtierenden Bürger-

meister Michael Krizmanich für abgesetzt. Dem daraufhin neu zu bildenden Gemeinderat stand anfangs Johann Kuzmich, später Johann Fellingner vor. In der Folgezeit bildete sich dann auch in Geresdorf eine NSDAP-Ortszelle, ca. 22 Mitglieder, die organisations-technisch aber zur NSDAP-Ortsgruppe Lutzmannsburg gehörte.“

In den nächsten Tagen fanden die NS-Verbände einen regen Zulauf. Viele erhofften sich eine bessere Beamtenlaufbahn oder wollten die Gunst der Stunde nutzen und Mitglied in der Partei oder einer ihrer Organisationen werden – genannt „Märzveilchen“.

Herbert Brettl

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

Zum Autor:

Dr. Herbert Brettl ist Lehrer an den Gymnasien Neusiedl am See und Mosonmagyaróvár für die Fächer Geschichte bzw. Geographie und Wirtschaftskunde, Mitarbeiter des Projektes Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart sowie Träger des „Fred-Sinowatz-Wissenschaftspreis“ des Landes Burgenland 2004.

Literaturhinweis:

Herbert Brettl: Quellen zur Geschichte der „Zigeunerpolitik“ zwischen 1921 und 1945 im Bezirk Neusiedl am See. Halbturn 2007 (edition lex liszt 12, ISBN: 978-3-901757-70-9, EUR 15).

